



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2023/1

Konrad Canis: Konstruktiv gegen die Revolution. Strategie und Politik der preußischen Regierung 1848 bis 1850/51.

Paderborn: Brill Schönningh, 2022, 541 S., ISBN 978-3-506-70834-2

Der Fokus wird hier auf einen wichtigen, von der Revolutionsforschung seit langem eher unterbelichteten Aspekt der 1848er-Revolution gelenkt, das Agieren der preußischen Regierung. Der Autor kehrt damit gewissermaßen zu seinen wissenschaftlichen Anfängen zurück, die vor über einem halben Jahrhundert an der Universität Rostock begannen. Man könnte nun unwillkürlich fragen, was hat preußisches Regierungsverhalten mit Liberalismus-Forschung zu tun, es sei denn, man verstände diese auch als „Gegner-Forschung“?

Dabei liegt der Liberalismus-Bezug dieses Buches gleich mehrfach auf der Hand, wie schon ein Blick auf das Cover beweist: Dort ist die berühmte Szene zwischen König Friedrich Wilhelm IV. und Johann Jacoby in Potsdam am 2. November 1848 abgebildet, aus der das geflügelte Wort hervorging: „Das ist das Unglück der Könige, dass sie die Wahrheit nicht hören wollen!“ Beide stehen gewissermaßen stellvertretend für die Antagonisten zu den eigentlichen „Helden“ von Canis. In der Tat war die liberale Bewegung von 1848 und deren Mehrheiten in den Parlamenten in Frankfurt und Berlin natürlich ein zentraler Bezugspunkt der preußischen Regierung. Zugleich aber waren auch Liberale an der preußischen Staatsführung beteiligt, mit Ludolf Camphausen und David Hansemann stellten sie sogar zweimal kurzzeitig den Ministerpräsidenten. Gerade das liberale Großbürgertum aus dem Rheinland versuchte vor und nach der Märzrevolution nicht ohne Erfolg Einfluss auf den Regierungskurs in Berlin zu nehmen. Dieses sowie die für Veränderung offenen Adligen im Militär und in der Bürokratie stehen als „Vereinbarungs-Koalition“ im Mittelpunkt von Canis' monumentalem Werk.

Dieses ist weitgehend aus den edierten und unveröffentlichten Quellen geschrieben, was es neben dem überwiegend politikgeschichtlichen Ansatz gewissermaßen zu einem altmodischen Buch macht, was absolut nichts über die Qualität aussagt. Es setzt mit der trügerischen Ruhe in Berlin zu Beginn des Jahres 1848 ein und schildert dann in insgesamt elf Kapiteln die Entwicklung bis zum endgültigen Scheitern der Unions-Politik zum Jahreswechsel 1850/51. Die Gliederung orientiert sich zunächst an den im Vierteljahresrhythmus erfolgten Kabinettswechseln und folgt dann in fünf Etappen der Innen- und Außenpolitik des Kabinetts Brandenburg. Ausgenommen von diesem Schema sind das zweite Kapitel, das einen Rückblick auf die Entwicklung Preußens seit 1815 liefert, und der Schlussteil „Resümee und Ausblick“. Dieses längste Kapitel wirkt ein wenig wie ein Fremdkörper, da es zunächst noch einmal die vorangegangenen Kapitel zusammenfasst, was aber sinnvoll ist, weil mancher Leser oder manche Leserin bei den vielen vorherigen Details etwas den Überblick verlieren dürfte und so den Blick für das



Wesentliche schärfen kann. Und der Ausblick, der bis weit in die Bismarck-Zeit geht, ist für die Argumentation von Canis sehr wichtig.

Der Autor will die „Leyenda negra“ Preußens zurechtrücken, die nicht nur über weite Strecken die linksliberale Geschichtsschreibung und gerade auch die DDR-Geschichtswissenschaft bestimmt hat, sondern jüngst auch noch einmal im Umfeld der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit fröhliche Urständ feierte.¹ Denn es gab auch zu diesem Zeitpunkt in der preußischen Elite Männer, die die Zeichen der Zeit in der Innen- und Deutschlandpolitik erkannt hatten und entsprechende Anpassungen anstrebten, ohne die Dinge revolutionär verändern zu wollen, allenfalls mittels „Revolution von oben“. Diese Personen bekamen mit den Ereignissen im Februar und März 1848 Auftrieb und suchten eine „Vereinbarung“ mit den vorwärtsdrängenden Kräften, teils durch deren Einbindung in die Staatsführung, teils durch parlamentarische Kompromisse. Solche „Einsichten“ in die Notwendigkeiten erfasseten auch Teile der regierenden Familie.

Der Throninhaber gehörte aber nicht dazu. Vom ihm zeichnet Canis immer wieder das düstere Bild eines „feigen Psychopathen“, der verschiedenen Einflüsterungen unterlag und so vor allem Chaos bewirkte, das dann immer wieder eingefangen werden musste (etwa S. 40 f., 340 f. und 428). Friedrich Wilhelm IV. wird allerdings auch als einziger unter den amtierenden Monarchen näher unter die Lupe genommen. Sein verwandtschaftliches Gegenbild ist – noch – nicht sein Bruder und Thronfolger (S. 438 f.), sondern sein Stiefonkel Graf von Brandenburg, der vom November 1848 bis zu seinem Tod zwei Jahre später die Regierungsgeschäfte leitete (vor allem S. 394 f.).

Die zentrale These von Canis ist, dass es in Preußen eine Kontinuität dieser von weitsichtigen Adligen und gemäßigten Liberalen getragenen verfassungs- und deutschlandpolitischen „Vereinbarungspolitik“ von den Märztagen bis zur Reichsgründung 1871 gegeben hat und dass dieser Kurs den Bedürfnissen der Zeit angemessen war. Die Zeit für ein parlamentarisches Regiment sei noch nicht angebrochen gewesen: „Allein die konstitutionelle Monarchie konnte die Perspektive sein“ (S. 25). Von diesem Ausgangspunkt kommen die Opponenten der Vereinbarungspolitik bei Canis nicht gut weg, einerseits natürlich die hochkonservative Camarilla um die Brüder Leopold, Ernst Ludwig und Otto von Gerlach, die den Zugang zum Monarchen hatten. Andererseits aber auch jene Liberalen und Demokraten in Berlin und Frankfurt, die eine Verfassungsgebung kraft eigener Vollmacht durchsetzen wollten und dabei oft ihre Macht überschätzten. Die Sympathien von Canis liegen eindeutig bei den gemäßigten Liberalen um die rheinischen Magnaten und den Angehörigen des späteren Gothaer Unions-Parlaments.

So kann Canis auch den Widerspruch in den Augen vieler Zeitgenossen und Nachgeborener erklären, dass Friedrich Wilhelm IV. die ihm von der Paulskirche angebotene Kaiserkrone im Frühjahr 1849 ablehnte, aber zeitgleich seine Regierung eine deutschlandpolitische Offensive begann, die ebenfalls auf einen preußisch geführten Bundesstaat hinauslief. Das Bemühen der Regierung in Berlin zielte naturgemäß immer darauf ab, das Heft in der Hand zu behalten und sich von niemanden etwas aufdrängen zu lassen, was zwar gegenüber den Nationalversammlungen in Frankfurt und Berlin gelang, aber nicht gegenüber den vereinten Großmächten, denen Preußen in der Olmützer Punktation 1850 nachgeben musste.

Insofern scheiterte die preußische Unionspolitik – vorerst. Aber für Canis steht Bismarck genau in dieser Tradition, und das Vorhaben von Brandenburg und Radowitz bildet letztlich die Blaupause für die Reichsgründung, die ab 1864 unter günstigeren innen- und außenpolitischen Umständen realisiert werden konnte, da nun weder neue revolutionäre Unruhen im Innern drohten, noch die Großmächte vereint gegen einen machtpolitischen Aufstieg Preußens standen. Auch innenpolitisch folgte der „Reichsgründer“ der „Vereinbarungspolitik“ von 1848/49, da er trotz aller Verwerfungen durch den

¹ Vgl. Freiraum H. 2/2022, S. 41 f.

Verfassungskonflikt den Ausgleich mit dem Großteil seiner liberalen Opponenten suchte und fand. Insofern zeigte sich auch auf liberaler Seite eine Kontinuität zwischen 1848 und 1866/67, von den „Gothaern“ zu den „Nationalliberalen“.

Das alles wird von Konrad Canis sehr detailliert und unter Einbeziehung der gesamten Forschung dargestellt; auch die DDR-Historiographie, für die das Thema Preußen 1848 im wahrsten Sinne des Wortes nahelag, kommt – durchaus kritisch hinterfragt (etwa S. 454) – zu ihrem Recht. Seine Herkunft von dort leugnet der Autor nicht.

Man kann sicherlich über die Verortung mancher Liberaler wie Max Duncker oder Karl Twesten streiten (vgl. S. 400 u. 439) und auch einwenden, dass die Darstellung etwas zu teleologisch auf die Bismarcksche Lösung der deutschen Frage hinausläuft; die Möglichkeit eines Thronwechsels im September 1862 und dessen eventuelle Folgen für das Zusammenspiel von Monarch und Liberalismus werden beispielsweise nicht erwähnt. Aber unbestreitbar liegt hier ein Standardwerk zu einem wichtigen Teilaspekt der Revolution von 1848 und der Geschichte Preußens vor, an dem die Liberalismus-Forschung zukünftig nicht wird vorbeigehen können.

Bonn

Jürgen Frölich



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit

 **recensio.net**